

Es gilt das gesprochene Wort!

*Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck*

**Ansprache in der Auftaktveranstaltung der acht Regionalkonferenzen des CDU-Landesverbandes NRW im Bezirksverband Mittelrhein im Wissenschaftszentrum in Bonn am Dienstag, 7. Mai 2013, zum Thema: „Gibt es eine christliche Politik?“**

---

Sehr geehrter Herr Laschet,  
sehr geehrter Herr Präses Rekowski,  
liebe Frau Dr. Lücking-Michel,  
sehr geehrter Herr Prof. Rutz,  
verehrte Damen und Herren.

Herzlich danke ich für die Einladung und die Initiative, das Verhältnis von Politik und Religion, von Parteienprogrammatik und Christentum neu aufzugreifen, gleichsam als eine Vergewisserung in Zeiten des Übergangs. Als Kirchenvertreter erleben wir Ähnliches wie Sie in den Parteien (und den anderen, die Gesellschaft tragenden Institutionen) bzgl. unserer Bindungskraft und den intellektuellen Herausforderungen, die uns die Gegenwart mit ihren Bestreitungen, Wertedebatten und -relativierungen, Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen geradezu aufzwingt (ganz zu schweigen von dem wirtschaftlichen Umwälzungsprozessen, die uns die Finanz- und Staatsfinanzkrisen vor Augen führen). Zwei Sprichwörter sind für uns keine Gemeinplätze sondern überlebenswichtige Herausforderungen: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“ Und: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Sie haben das Thema der heutigen Diskussion in eine Frage gefasst: „Gibt es eine christliche Politik?“ Gerne möchte ich an diese Frage mit einigen Perspektiven anschließen und zunächst im ersten Schritt den Politikbegriff ein wenig rekapitulieren. Vor diesem Hintergrund möchte ich dann im zweiten Schritt die christliche Perspektive profilieren und dabei auch unsere Rolle als Kirchen und öffentliche Kirchenvertreter thematisieren. Und schließlich greife ich drittens das Wort „eine“ („Gibt es eine christliche Politik?“) ihrer Ausgangsfrage auf und ende mein Statement mit einigen Wahrnehmungen und kurzen Bemerkungen über das Verhältnis von Singular und Plural christlicher Politik.

## I. Was ist Politik?

Die politischen Begrifflichkeiten und Verständigungskategorien der Katholischen Soziallehre wurzeln in der traditionellen Philosophie, die vom Menschen als dem politischen Wesen „zoon politikon“ handelte und von dem sogenannten Gemeinwohl. Vieles dieser lange Zeit sinngebenden Formulierungen wird häufig in der Komplexität der Zusammenhänge der modernen Gesellschaft zur Phrase. Wie wäre heute angesichts von Globalisierung etc. „Gemeinwohl“ zu definieren?

In der Politikwissenschaft werden zu Recht drei unterschiedliche Dimensionen des Politikbegriffs in Anlehnung an den angloamerikanischen Sprachgebrauch differenziert: „Politics“ beschreibt die Prozesse, Verfahren und Interessensgruppe, unter „Polity“ werden die formalen Institutionen und Organisationen gefasst und als „Policy“ versteht man die Ebene politischer Programmatik. Jede dieser Dimensionen steht in Bezug auf die christliche Lebenswirklichkeit in Zusammenhängen, die ich im einzelnen hier nicht ausführen kann (Institutionelle und personale Religionsfreiheit, Staatskirchen- und Religionsverfassungsrecht, Katholische und Evangelische Büros, Verbände und Zentralkomitee, inhaltlich-ethische Grundhaltungen in diversen Lebenswirklichkeiten).

Der Soziologe Niklas Luhmann beschreibt mit Blick auf die moderne Gesellschaft die allgemeine und spezifische Funktion der Politik in ihrer besonderen Leistung, kollektiv verbindliche Entscheidungen für die Gesellschaft herzustellen. Von Politik reden wir, wenn es um den Umgang mit Macht geht (Durchsetzung). In diesem Sinne kommt Politik nicht nur bezogen auf Staatsorganisationen, sondern in vielen unterschiedlichen Organisationen und gesellschaftlichen Zusammenhängen vor, so auch als Kirchenpolitik und etwa Unternehmenspolitik. Wie sind Entscheidungswege organisiert (Demokratie)? Wer kann sich wie daran beteiligen? Wo verlaufen die Reichweiten und Verantwortungsgrenzen (Ebenen)? Was macht das mit den Menschen und kommen Menschen angesichts aller Statistiken und Rahmendaten überhaupt noch vor, wie wir es in der Sprache der Sozialverkündigung fordern, der zufolge doch der „Mensch im Mittelpunkt von Politik und Wirtschaft“ zu stehen habe.

Vielleicht hilft es, den nüchternen Blick eines Stammvaters deutschsprachiger Soziologie, Max Weber, mit seinem berühmten Vortrag „Politik als Beruf“ in Erinnerung zu rufen. Dort macht Weber bzgl. der Rolle des Politikers eine aufschlussreiche Unterscheidung, indem er Gesinnungsethikern auf der einen mit Verantwortungsethikern auf der anderen Seite kontrastiert. Dem Soziologen ist es einerseits wichtig, festzuhalten, dass ausschließliche ‚Machtpolitiker‘, wie sie vor

(hundert Jahren als der Vortrag gehalten wurde, genauso wie heute) häufig als „starke Persönlichkeiten“ verklärt werden, genauer betrachtet gehe ihr Wirkung aber oft „ins Leere und Sinnlose“. Aus diesem Grunde – und hier können wir für unser Thema „christliche Politik“ gut anknüpfen – dürfe der Sinn, der Dienst an einer Sache, nicht fehlen, wenn anders das Handeln inneren Halt haben sollte: Wie die Sache aber auszusehen habe, so Weber, in deren Dienst der Politiker Macht erstrebe und Macht verwende, sei Glaubenssache: „Es kann nationalen oder menschlichen, sozialen und ethischen oder kulturellen, innerweltlichen oder religiösen Zielen dienen, (...) immer muß irgendein Glaube da sein. Sonst lastet in der Tat – das ist völlig richtig – der Fluch kreatürlicher Nichtigkeit auch auf den äußerlich stärksten politischen Erfolgen.“ (Max Weber, Politik als Beruf, Stuttgart 1992: Reclam, S. 65)

Die andere Frage Webers zielt darauf ab, festzustellen, wie denn diese innere Orientierung eines Politikers beschaffen sein sollte; und hier kommt es zu der Entgegensetzung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik, deren Unterschied er an den jeweils gezeitigten Handlungsfolgen herausarbeitet: „Wenn die Folgen einer aus reiner Gesinnung fließenden Handlung üble sind, so gilt ihm nicht der Handelnde, sondern die Welt dafür verantwortlich, die Dummheit der anderen Menschen oder – der Wille Gottes, der sie schuf. Der Verantwortungsethiker dagegen rechnet mit eben jenen durchschnittlichen Defekten der Menschen, – er hat (...) gar kein Recht, ihre Güte und Vollkommenheit vorauszusetzen, er fühlt sich nicht in der Lage, die Folgen eignen Tuns, soweit er sie voraussehen konnte auf andere abzuwälzen. (...) ‚Verantwortlich‘ fühlt sich der Gesinnungsethiker nur dafür, dass die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z.B. des Protestes gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt.“ (Ebd., S. 71)

Wertvorstellungen, Ethik oder religiöse Weltanschauungen in der Politik, so auch „christliche Politik“ ist somit nicht einfach ineinzusetzen mit politischer Romantik, kurzschlüssiger Gefühlsorientierung und Realismusverlust. Sich den innerlichen Grundlagen, die die Antriebskräfte des eigenen politisch (christlich-politisch) motivierten Handelns bewusst zu sein und diese öffentlich auszuweisen, bleibt aber eine intellektuelle Herausforderung insbesondere in den Bestreitungen der Gegenwart und des immer wieder neu zu justierenden Zusammenhangs von politischem Idealismus und politischer Pragmatik: „Wer Politik überhaupt und wer vollends Politik als Beruf betreiben will, hat sich jener ethischen Paradoxien und seiner Verantwortung für das, was aus ihm selbst unter ihrem Druck werden kann, bewußt zu sein. Er läßt sich (...) mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewaltsamkeit lauern. Die großen Virtuosen der akosmischen Menschenliebe und Güte, mochten sie aus Nazareth oder aus Assisi oder aus indischen Königsschlössern stammen, haben

nicht mit dem politischen Mittel: der Gewalt, gearbeitet, ihr Reich war ‚nicht von dieser Welt‘ (...). Wer das Heil seiner Seele und die Rettung anderer Seelen sucht, der sucht das nicht auf dem Wege der Politik, die ganz andere Aufgaben hat: solche, die nur mit Gewalt zu lösen sind.“ (Ebd., S.79) In der Methodik und den Instrumenten des Handelns sind Weber zufolge politische Gestaltung der Rahmenordnung deutlich zu trennen von der religiösen Pflege des Seelenheils. Im Anschluss an Weber würde es wohl christlich motivierte Politiker geben, nicht aber eine verantwortungsethisch zu klassifizierende Politik als „christliche Politik“. Politik bleibt in dieser Perspektive ganz nüchtern „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“.

## II. Die „christliche“ Perspektive

Als Christen und insbesondere als Kirchen haben wir es mit denselben Menschen zu tun, die im Kontext der Politik und des Staates als seine Bürger leben. Religion beschreibt nicht eine naive Gegenwelt zur rauen Gesellschaft, in die man sich flüchten könnte. Sie ist als weitere Facette des Menschen einfach die andere Seite der Medaille zu den vielen Ausformungen anthropologisch zu bestimmender Lebenswirklichkeiten. In der Religion geht es um den Bezug auf das Ganze, um den Sinn des Lebens, den man erst im Rückgriff auf das Transzendente, d. h. alles Empirische umfassende begreifen kann. Als Christen begreifen wir diese Wirklichkeit personal als Gott (familiär in Beziehung von Vater, Sohn und hl. Geist). Uns geht es um das „kommunikabel Halten“ von Heils- und Unheilserfahrungen und daraus entwickelten Wertvorstellungen vom gelingenden Leben und um die Unterscheidbarkeit von gut und böse sowie gerecht und ungerecht. Dabei prägen wir ein Menschenbild, indem jedem einzelnen deswegen absolute Würde zukommt, weil wir glauben, dass jeder und jede als individueller Ausdruck der guten Schöpfung Ebenbild Gottes selber ist. Der Kern religiös-christlichen Wirkens ist die personale Beziehung zu Gott und den Mitmenschen und zwar allen (mit erheblichen Folgen).

Hieraus resultiert der (ungeheure) Öffentlichkeitsanspruch des Christentums (als einer Religion der offenen Augen), der sich nicht auf die eigene Gruppe innerhalb einer plural und global gewordenen Gesellschaft beschränkt, sondern sich universalem Anspruch stellt (und diesen immer wieder unterläuft). In sozialer Hinsicht geht es um das Heil aller Menschen der Erde, in zeitlicher Dimension um das Heil und die Würde am Anfang wie am Ende des Lebens und mit sachlichem Bezug um die Teilhabe aller an den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten.

In dem „Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftliche und sozialen Lage in Deutschland“ von 1997 schreiben wir als evangelische und katholische Kirchen in Deutschland relativ zurückhaltend, dass wir nicht selbst Politik machen, sondern vielmehr Politik möglich machen wollen. Ich persönlich bin noch zurückhaltender und vielleicht auch skeptischer: Wenn wir den religiösen Pluralismus sowie den legitimer Weltanschauungen ernst nehmen wollen, können wir als Kirchen nicht das delegierte Gewissen der Politik sein. Gleichsam als ausgegliederte und alimentierte Institution des Staates zur Pflege des „Gutmenschentums“. Die institutionelle und organisatorische Trennung der Sphären des Politischen und des Religiösen ist die Bedingung der nötigen Freiheit einer demokratischen und pluralen Gesellschaft ohne fundamentalistische Kurzschlüsse.

Weniger als wir Politik im Sinne der eingangs beschriebenen „Politics- und Polity-Dimension“ möglich machen, weisen wir mit unserem öffentlichem Engagement auf Kirchen- oder Katholikentagen, in unseren Akademien, Stipendienwerken, Fakultäten, Schulen, Krankenhäusern, Sozialstationen, Verbänden und Pfarreien auf das hin, was ich gerade als Kern des Christlichen beschrieben habe, nämlich die zu realisierende personale Beziehung zu Gott und allen Menschen, die wir in jedem Menschen angelegt sehen. In diesem Sinne beteiligen wir uns mit Bildungs- und Hilfsangeboten sowie mit vielen Möglichkeiten der Vergemeinschaftung am Gemeinwohl. Dieses ist kein politisches Programm („policy“), sondern ein religiös-ethisches. Es bieten sich aber Anschlüsse für Politiker und politische Organisationen, wenn sie sich verantwortungsethisch verstehen und zwar in der Form, dass sie sich für ihre Motivation und Handlungsabsichten einiges aus diesem ethischen Diskurs zueigen machen und in die Logiken politischer Programmatik, Verfahren und Institutionen übersetzen können.

### III. Gibt es also eine „christliche Politik“?

Sowenig wie es eine christliche Sonderwelt gibt, sondern Christen überall in der einen (Welt-)Gesellschaft ihr Charisma unterschiedlich leben, kann es auch nicht eine christliche Politik im Sinne eines politischen Sonderwegs geben. Die Zeiten geschlossener Milieus im Sinne starker und alles überlagernder Substrukturen der Gesellschaft sind zu ende. Auch der sogenannte „politische und soziale Katholizismus“, hat über seine Bemühungen für die sogenannte „Gesinnungs- und Zuständereform“ gesinnungs- und verantwortungsethisch weit über die eigenen Bereiche hinaus das ganze demokratische und sozialstaatliche Gemeinwesen (missionarisch) mitgestaltet. Als prägende dritte Kraft zwischen Liberalismus und

Sozialismus hat das Zentrum und in der Nachfolge in einem ökumenischen Neuanfang nach dem III. Reich die CDU maßgeblichen Anteil an der friedlichen, rechts- und sozialstaatlichen Entwicklung Deutschlands und Europas und das nur deshalb, weil es um die politische Gestaltung für alle Menschen ging und nicht um eine einseitige Besserstellung von Christen.

So pluralistisch und bunt sich unsere Gesellschaft gegenwärtig gibt, so unterschiedlich sind auch die politischen Vorstellungen der Menschen in der Kirche. Konfessionelle Bindungen lassen sich heute nicht mehr eins zu eins und damit singularistisch auf Wahlverhalten übertragen. Und dennoch unterstelle ich vielen Christen, bei ihrer Wahl und in ihrem Engagement wo auch immer und bei allem Machtkalkül, mal mehr gesinnungsethische mal mehr verantwortungsethische, vor allem aber christliche Motivation. Was aber als einendes Band solch diversen Handelns zu identifizieren bleibt, ist die Orientierung an den Menschenrechten, als dem politisch-säkularen Ausdruck von praktizierter Gottes- und Nächstenliebe und zwar vom Beginn des Lebens bis zu seinem Ende.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen verändern eben nicht nur die Kirchen sondern die Parteien gleichermaßen, so dass man für die Union sagen kann, dass auch hier das Spektrum breiter wird, sich nicht mehr allein durch die sogenannten christlich-sozialen, liberalen und konservativen Flügel abbildet und Christlichkeit, bzw. Kirchlichkeit nicht mehr das alleinige Kriterium ausmacht. Bei aller persönlichen Nähe und Sympathie zu vielen Christdemokraten pflege ich und pflegt die Kirche grundsätzlich das Gespräch mit allen Parteien im Sinne einer „formalen Äquidistanz“. So wie umgekehrt zurecht auf der anderen Seite auf Eigenständigkeit und auch Eigensinnigkeit Wert gelegt wird.

Eine christliche Politik im Sinne der eingangs beschriebenen Dimensionen des Politischen kann es wohl nicht geben, wohl aber Christen in der Politik, die in unterschiedlichen Parteien und Formationen ihrem Glauben entsprechend Gesellschaft zum Wohle der Menschen gestalten. Dass die Christdemokratie sich als politische Kraft immer wieder an ihren Gründungsimpuls rückbindet und angesichts aller gesellschaftlichen Veränderungsprozesse um Reformulierungen ihres Anspruchs ringt, begrüße ich als politisch denkender und handelnder Christ und als Bischof sehr.

Vielen Dank.